Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 14	München, den 31. Juli	1990
Datum	Inhalt	Seite
24. 7. 1990	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes 1100-1-I	234
24. 7. 1990	Zweites Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes 2010-1-I	235
24. 7. 1990	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes 2210-1-1-WK	236
24. 7. 1990	Elfte Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften 2030-1-1-F, 2032-4-1-F, 2032-5-1-F, 2030-1-3-F, 301-1-J, 2035-1-F	237
24. 7. 1990	Gesetz über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung 282-2-11-W	241
24. 7. 1990	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft 787-1-E	243
24. 7. 1990	Drittes Gesetz zur Änderung des Jugendamtsgesetzes 2162-1-A	244
17. 7. 1990	Bekanntmachung des Vertrags vom 31. Mai 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen 2010-5-I	245
17. 7. 1990	Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zusammensetzung des Landesplanungsbeirats 230-1-1-U	249
24. 7. 1990	Verordnung zur Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes (DVBVFG) 240-1-1-A, 240-1-2-A, 240-1-3-A, 240-1-4-A, 240-1-5-A, 240-1-6-A	250
24. 7. 1990	Verordnung über die Zulassung von Ausnahmen von den Schutzvorschriften für besonders geschützte Tierarten 791-1-9-U	253
24. 7. 1990	Verordnung zur Bestimmung der federführenden Behörde und ihrer Aufgaben gemäß § 14 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung 2129-3-1-U	254
2. 7. 1990	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Begabtenförderungsgesetzes 2230-2-3-1-WK	255
3. 7. 1990	Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die befristete Immatrikulation und das Weiterstudium von Studenten an Hochschulen mit Teilstudiengängen 2210-8-5-WK	257
3. 7. 1990	Dritte Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Fachakademien für Landwirtschaft 7803-15-E	258
8. 7. 1990	Verordnung über die Bestimmung des Landratsamts Kitzingen als zuständige Behörde zur Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für die öffentliche Wasserversorgung des Gemeindeteils Holzberndorf des Marktes Geiselwind 753-1-9-32-I	262
11. 7. 1990	Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich der Abfallentsorgung (AbfZustV) 2129-2-1-1-U	263
16. 7. 1990	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die praktischen Studiensemester an Fachhochschulen in Bayern 2210-4-1-6-1-WK	264
19. 7. 1990	Zuständigkeitsverordnung zum Rettungsassistentenrecht und zum Orthoptistenrecht (ZustVRettAss-Orthopt) 2124-14-1-I	265
19. 7. 1990	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten zum Vollzug bergrechtlicher Vorschriften 750-2-W	266

1100-1-I

Gesetz **zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes**

Vom 24. Juli 1990

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Bayerischen Landtags – Bayerisches Abgeordnetengesetz – (BayRS 1100-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Oktober 1989 (GVBl S. 573), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 5 Abs. 1 wird die Zahl „8.114“ durch die Zahl „8.301“ ersetzt.
2. Art. 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 wird die Zahl „4.348“ durch die Zahl „4.448“ ersetzt;
 - b) in Absatz 5 werden die Zahlen „1.947“ durch „1.992“, „975“ durch „998“, „918“ durch „940“, „690“ durch „706“ ersetzt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1990 in Kraft.

München, den 24. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

2010-1-I

Zweites Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes

Vom 24. Juli 1990

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

In Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes – BayVwVfG – (BayRS 2010-1-I), geändert durch Gesetz vom 23. Juli 1985 (GVBl S. 269), werden die Worte „und Verfahren, die unter Art. 10 des Kommunalabgabengesetzes fallen“ gestrichen.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1990 in Kraft.

(2) ¹Dieses Gesetz findet auch Anwendung auf Verfahren, die im Zeitpunkt seines Inkrafttretens noch nicht durch Erlaß eines bestandskräftig gewordenen Verwaltungsakts abgeschlossen sind. ²Die Kosten eines erfolgreichen Vorverfahrens, das im Zeitpunkt des Inkrafttretens bereits durch Erlaß eines bestandskräftig gewordenen Verwaltungsakts abgeschlossen ist, sind auf Antrag nach Maßgabe des Art. 80 BayVwVfG zu erstatten, wenn die Kostenerstattung nur deshalb abgelehnt wurde, weil Art. 80 BayVwVfG wegen der bisherigen Fassung des Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 BayVwVfG nicht angewendet worden ist.

München, den 24. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

2210-1-1-WK

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Vom 24. Juli 1990

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1988 (GVBl S. 399, BayRS 2210-1-1-WK) wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender Art. 115a eingefügt:

„Art. 115a

Promotionsrecht und Habilitationsrecht

(1) ¹Der Hochschule für Philosophie München, Philosophische Fakultät S.J., ist das Habilitationsrecht im Bereich der Philosophie verliehen. ²Die Habilitation dient der förmlichen Feststellung der wissenschaftlichen und pädagogischen Eignung zum Professor in einem Fachgebiet der Philosophie. ³Durch die Habilitation erlangt der Bewerber den akademischen Grad eines habilitierten Doktors der Philosophie. ⁴Das Habilitationsverfahren wird nach Maßgabe der vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst im Benehmen mit der Hochschule erlassenen Habilitationsordnung durchgeführt. ⁵Die Vorschriften der Art. 80 Abs. 6 Satz 1, Art. 81 Abs. 3 Sätze 1 und 2 Nrn. 1 bis 4 und 9 bis 11 Halbsatz 1, sowie Art. 91 Abs. 3 Satz 3, Abs. 4 bis 7 und 9 gelten entsprechend.

(2) ¹Der Augustana Hochschule Neuendettelsau ist das Promotionsrecht und das Habilitationsrecht im Bereich der Evangelischen Theologie verliehen. ²Die Hochschule ist berechtigt Bewerbern, die ein einschlägiges Studium in einem wissenschaftlichen Studiengang erfolgreich abgeschlossen haben, den akademischen Grad eines Doktors der Theologie zu verleihen. ³Die Promotion dient dem Nachweis einer eigenständigen wissenschaftlichen Leistung. ⁴Die Promotionsordnung wird vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst im Benehmen mit der Hochschule erlassen; Art. 83 Sätze 3

bis 5 gelten entsprechend. ⁵In der Promotionsordnung ist die Zuziehung eines Universitätsprofessors des Fachgebiets der Dissertation als Gutachter vorzusehen. ⁶Die Habilitation dient der förmlichen Feststellung der wissenschaftlichen und pädagogischen Eignung zum Professor in einem Fachgebiet der Evangelischen Theologie. ⁷Durch die Habilitation erlangt der Bewerber den akademischen Grad eines habilitierten Doktors der Theologie. ⁸Absatz 1 Sätze 4 und 5 gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß in der Habilitationsordnung die Zuziehung eines Universitätsprofessors des Fachgebiets der Habilitation als Gutachter vorzusehen ist.

(3) ¹Der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Salesianer Don Boscos Benediktbeuern ist das Promotionsrecht im Bereich der Katholischen Theologie verliehen. ²Die Hochschule ist berechtigt Bewerbern, die ein einschlägiges Studium in einem wissenschaftlichen Studiengang erfolgreich abgeschlossen haben, den akademischen Grad eines Doktors der Theologie zu verleihen. ³Absatz 2 Sätze 3 bis 5 gelten entsprechend.“

2. Art. 129 Abs. 2 und Art. 133 Abs. 3 werden aufgehoben.

§ 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. August 1990 in Kraft.

(2) Für Übersiedler aus der Deutschen Demokratischen Republik gilt Art. 133 Abs. 3 fort, wenn sie vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes einen Antrag auf Nachdiplomierung bei der zuständigen Behörde gestellt haben, in Bayern mit Hauptwohnsitz gemeldet sind und nach den Bestimmungen des Aufnahmegesetzes aufgenommen wurden.

München, den 24. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

Elftes Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften

Vom 24. Juli 1990

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das **Bayerische Beamtengesetz (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Mai 1987** (GVBl S. 149, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch die Gesetze vom 23. März 1989 (GVBl S. 81 und 89), wird wie folgt geändert:

1. Dem Art. 19 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„2Dabei können auch Regelungen zur Berücksichtigung von Erziehungszeiten beim Zeitpunkt der Anstellung und bei den Dienstzeiten getroffen werden.“
 2. Art. 39 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Nr. 2 wird gestrichen; die bisherigen Nummern 3 bis 6 werden Nummern 2 bis 5.
 - b) In Absatz 2 werden „Nr. 3“ durch „Nr. 2“, „Nrn. 4 und 5“ durch „Nrn. 3 und 4“ und „Nr. 6“ durch „Nr. 5“ ersetzt.
 3. Art. 40 wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 Nr. 5 wird der Punkt durch das Wort „oder“ ersetzt; folgende Nummer 6 wird angefügt:

„6. ohne Genehmigung der obersten Dienstbehörde seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland nimmt.“
 4. Dem Art. 56 Abs. 3 wird folgender Satz 3 angefügt:

„3Satz 2 findet keine Anwendung auf Entschädigungen für die Wahrnehmung öffentlicher Ehrenämter, die nach Art. 73 Abs. 2 Satz 2 nicht als Nebentätigkeit gelten.“
 5. Art. 80a wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Nr. 1 Buchst. a und b erhalten folgende Fassung:
 - „1. in Bereichen, in denen in einer Ausnahmesituation ein dringendes öffentliches Interesse daran besteht, Bewerber im öffentlichen Dienst zu beschäftigen,
 - a) auf Antrag Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit für die Dauer von insgesamt höchstens 15 Jahren,
 - b) nach Vollendung des 55. Lebensjahres auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestands erstrecken muß, Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit,“
 - b) Der bisherige Absatz 1 Nr. 1 Buchst. b wird Buchst. c.
 - c) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „Absatzes 1 Nr. 1 Buchst. b“ durch die Worte „Absatzes 1 Nr. 1 Buchst. c“ ersetzt.
 - d) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) ¹Teilzeitbeschäftigung und Urlaub nach Absatz 1 Nr. 1 Buchst. a und c und Nr. 2 dürfen zusammen eine Dauer von 15 Jahren, Urlaub allein darf eine Dauer von zwölf Jahren nicht überschreiten. ²Teilzeitbeschäftigung und Urlaub nach Absatz 1 Nr. 1 Buchst. a und c und Nr. 2 sowie ermäßigte Arbeitszeit und Urlaub nach Art. 86a dürfen jeweils zusammen eine Dauer von 25 Jahren nicht überschreiten. ³Urlaub nach Absatz 1 Nr. 1 Buchst. c und Nr. 2 sowie Urlaub nach Art. 86a dürfen zusammen eine Dauer von zwölf Jahren nicht überschreiten. ⁴Bei Beamten im Schul- und Hochschuldienst kann der Bewilligungszeitraum bis zum Ende des laufenden Schulhalbjahres oder Semesters ausgedehnt werden.“
 - e) In Absatz 7 werden die Worte „31. Dezember 1990“ durch die Worte „31. Dezember 1993“ ersetzt.
6. Art. 86a Abs. 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) ¹Einem Beamten mit Dienstbezügen kann auf Antrag

 1. die Arbeitszeit bis auf die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit ermäßigt werden,
 2. ein Urlaub ohne Dienstbezüge bis zur Dauer von drei Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung gewährt werden,

wenn er

 - a) mindestens ein Kind unter 18 Jahren oder
 - b) einen nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen

tatsächlich betreut oder pflegt. ²Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde. ³Sie kann ihre Befugnisse auf andere Behörden übertragen.

(2) ¹Die Dauer des Urlaubs darf zwölf Jahre nicht überschreiten. ²Ermäßigte Arbeitszeit und Urlaub dürfen zusammen eine Dauer von 15 Jahren nicht überschreiten. ³Abweichend von Satz 2 dürfen ermäßigte Arbeitszeit und Urlaub zusammen eine Dauer von 20 Jahren nicht überschreiten, wenn die Ermäßigung der Arbeitszeit während des Bewilligungszeitraums durchschnittlich ein Viertel der regelmäßigen Arbeitszeit nicht übersteigt. ⁴Art. 80a Abs. 4 Satz 4 gilt entsprechend. ⁵Der Antrag auf Verlängerung einer Beurlaubung ist spätestens sechs Monate vor Ablauf der gewährten Beurlaubung zu stellen.“

6. a) Es wird folgender Art. 86b eingefügt:

„Art. 86b

Ausgleich für erhöhte Lebenshaltungskosten

(1) ¹Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung eine ergänzende Fürsorgeleistung zum Ausgleich der außerordentlich hohen Lebenshaltungskosten in München für Beamte und Richter mit dienstlichem Wohnsitz in München zu regeln. ²Die Fürsorgeleistung beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen A 1 bis A 10 bis zu 150 Deutsche Mark monatlich und für entsprechende Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bis zu 75 Deutsche Mark monatlich. ³Für jedes zu berücksichtigende Kind erhalten Beamte der Besoldungsgruppen A 1 bis A 13 und C 1, Richter der Besoldungsgruppe R 1 bis zur vierten Lebensaltersstufe sowie Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ferner eine Fürsorgeleistung bis zu 40 Deutsche Mark monatlich.

(2) Regelungen auf Grund dieser Ermächtigung gelten bis 31. Dezember 1995.“

7. Art. 119 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Pensionsfestsetzungsbehörde“ durch das Wort „Pensionsbehörde“ ersetzt, in Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Pensionsfestsetzungsbehörden“ durch das Wort „Pensionsbehörden“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Entscheidungen gemäß § 49 Abs. 2 Satz 2, § 67 Abs. 3 BeamtVG, ob Zeiten auf Grund der §§ 10 bis 12, 13 Abs. 2 und § 67 Abs. 2 BeamtVG als ruhegehaltfähige Dienstzeit zu berücksichtigen sind, trifft die Anstellungsbehörde. ²Bei Beamten des Staates ergehen die Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, sofern über die Anwendung des § 11 oder des § 67 Abs. 2 allein oder zusammen mit anderen Vorschriften zu entscheiden ist; im übrigen im Einvernehmen mit der Pensionsbehörde (Absatz 1), es sei denn, daß das Staatsministerium der Finanzen selbst Anstellungsbehörde ist.“

d) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden Absätze 3 und 4.

8. Art. 148a wird aufgehoben.

§ 2

Das **Bayerische Gesetz über die Reisekostenvergütung der Beamten und Richter – Bayerisches Reisekostengesetz – BayRKG** – (BayRS 2032-4-1-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 1988 (GVBl S. 451), wird wie folgt geändert:

Art. 22 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für Abordnungen vom Inland in das Ausland und vom Ausland in das Inland durch Rechtsverordnung nähere Vorschriften über das

Trennungsgeld zu erlassen, soweit die besonderen Bedürfnisse des Auslandsdienstes und die besonderen Verhältnisse im Ausland es erfordern.“

b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

§ 3

Das **Bayerische Gesetz über die Umzugskostenvergütung der Beamten und Richter – Bayerisches Umzugskostengesetz – BayUKG** – (BayRS 2032-5-1-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. August 1986 (GVBl S. 205), wird wie folgt geändert:

Dem Art. 19 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Es wird ferner ermächtigt, für Auslandszüge durch Rechtsverordnung nähere Vorschriften über die Umzugskostenvergütung und das Trennungsgeld zu erlassen, soweit die besonderen Bedürfnisse des Auslandsdienstes und die besonderen Verhältnisse im Ausland es erfordern.“

§ 4

Das **Bayerische Beamtenfachhochschulgesetz – BayBFHG** – (BayRS 2030-1-3-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1985 (GVBl S. 120), wird wie folgt geändert:

Dem Art. 5 Abs. 3 Satz 1 werden nach dem Wort „entsprechend“ die Worte „soweit Rechtsvorschriften nichts Abweichendes bestimmen“ angefügt.

§ 5

Das **Bayerische Richtergesetz – BayRiG** – (BayRS 301-1-J), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juli 1986 (GVBl S. 128), wird wie folgt geändert:

1. Dem Art. 7 Abs. 3 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Satz 2 findet keine Anwendung auf Entschädigungen für die Wahrnehmung öffentlicher Ehrenämter, die nach Art. 73 Abs. 2 Satz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes nicht als Nebentätigkeit gelten.“

2. Art. 8 Abs. 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) ¹Auf Antrag ist einem Richter

1. der Dienst bis auf die Hälfte des regelmäßigen Dienstes zu ermäßigen,
2. ein Urlaub ohne Dienstbezüge bis zur Dauer von drei Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung zu gewähren,

wenn er

- a) mindestens ein Kind unter 18 Jahren oder
- b) einen nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen

tatsächlich betreut oder pflegt. ²Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde. ³Sie kann ihre Befugnisse auf andere Behörden übertragen.

(2) ¹Die Dauer des Urlaubs darf zwölf Jahre nicht überschreiten. ²Ermäßigter Dienst und Urlaub dürfen zusammen eine Dauer von 15 Jahren nicht überschreiten. ³Abweichend von Satz 2 dürfen ermäßigter Dienst und Urlaub zusammen

eine Dauer von 20 Jahren nicht überschreiten, wenn die Ermäßigung des Dienstes während des Bewilligungszeitraums durchschnittlich ein Viertel des regelmäßigen Dienstes nicht übersteigt. ⁴Der Antrag auf Verlängerung eines ermäßigten Dienstes oder eines Urlaubs ist spätestens sechs Monate vor Ablauf der genehmigten Freistellung zu stellen.“

3. Art. 8a Abs. 1 bis 3 erhalten folgende Fassung:

„(1) Bis zum 31. Dezember 1993 ist in einer Ausnahmesituation, in der ein dringendes öffentliches Interesse daran besteht, Bewerber im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, einem Richter

1. der Besoldungsgruppe R1 auf Antrag der Dienst auf die Hälfte des regelmäßigen Dienstes zu ermäßigen, und zwar jeweils nur für mindestens ein volles Jahr; mehrere Ermäßigungen des Dienstes dürfen insgesamt 15 Jahre nicht überschreiten;
2. der Besoldungsgruppe R1 nach Vollendung des 55. Lebensjahres auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestands erstrecken muß, der Dienst auf die Hälfte des regelmäßigen Dienstes zu ermäßigen;
3. nach einer Vollzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst von mindestens 20 Jahren und nach Vollendung des 55. Lebensjahres auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestands erstrecken muß, Urlaub ohne Dienstbezüge zu bewilligen.

(2) ¹Dem Antrag darf nur entsprochen werden, wenn

1. in den Fällen des Absatzes 1 Nrn. 1 und 2 das Aufgabengebiet des richterlichen Amtes Ermäßigung des Dienstes zuläßt,
2. der Richter zugleich der Verwendung auch in einem anderen Richteramt desselben Gerichtszweigs zustimmt,
3. der Richter erklärt, während der Dauer des Bewilligungszeitraums entgeltliche Tätigkeiten nach Art. 74 Abs. 1 Nrn. 4 bis 6 des Bayerischen Beamtengesetzes nur in dem Umfang ausüben, wie er sie bei Vollbeschäftigung ohne Verletzung dienstlicher Pflichten ausüben könnte und im übrigen auf die Ausübung entgeltlicher Nebentätigkeiten zu verzichten.

²Wird die Verpflichtung nach Satz 1 Nr. 3 schuldhaft verletzt, ist die Bewilligung zu widerrufen.

³Die zuständige Dienstbehörde darf Ausnahmen von Satz 1 Nr. 3 nur zulassen, soweit sie dem Zweck der Bewilligung der Ermäßigung des Dienstes oder des Urlaubs nicht zuwiderlaufen.

⁴Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung während der Dauer des Bewilligungszeitraums ist nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde zulässig.

⁵In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 kann die zuständige Dienstbehörde in besonderen Härtefällen eine Rückkehr aus dem Urlaub zulassen, wenn dem Richter die Fortsetzung des Urlaubs nicht zugemutet werden kann. ⁶Ermäßigung des Dienstes nach Absatz 1 Nr. 1 und Urlaub nach Absatz 1 Nr. 3 dürfen zusammen eine Dauer von 15 Jahren nicht überschreiten.

(3) ¹Ermäßigter Dienst und Urlaub nach Absatz 1 Nrn. 1 und 3 und nach Art. 8 dürfen zusammen eine Dauer von 25 Jahren nicht überschreiten. ²Urlaub nach Absatz 1 Nr. 3 und nach Art. 8 dürfen zusammen eine Dauer von zwölf Jahren nicht überschreiten.“

4. Art. 17 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Insbesondere gelten für die Befugnisse und die Pflichten der Richterräte in allgemeinen und sozialen Angelegenheiten die Art. 2 Abs. 1, Art. 67 bis 74, 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 13, Satz 2, Abs. 2, 3 und 4, Art. 75a, 76 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2, Abs. 2 sowie die Art. 79 und 80 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes entsprechend.“

§ 6

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das Bayerische Beamtengesetz neu bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

§ 7

Das **Bayerische Personalvertretungsgesetz (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986** (GVBl S. 349, BayRS 2035-1-F), geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1989 (GVBl S. 704), wird wie folgt geändert:

1. Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c erhält folgende Fassung:

„c) das Wahlrecht für den Deutschen Bundestag oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften besitzen.“

2. In Art. 39 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Jugendvertreter“ durch die Worte „Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung“ ersetzt.

3. Art. 41 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:

Die Worte „Jugend- und Auszubildendenvertretung“ werden durch die Worte „Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung“ ersetzt.

4. In Art. 57 Abs. 1 wird das Wort „Jugendvertretungen“ durch die Worte „Jugend- und Auszubildendenvertretungen“ ersetzt.

5. Art. 58 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Wählbar sind die wahlberechtigten Beschäftigten im Sinn von Absatz 1 und die nach Art. 13 wahlberechtigten Beschäftigten, die Deutsche im Sinn des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften besitzen und am Wahltag noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben.“

6. In Art. 63 Satz 4 wird das Wort „Jugendversammlung“ durch die Worte „Jugend- und Auszubildendenversammlung“ ersetzt.

7. In Art. 75 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 wird das Wort „Vorschüsse“ durch das Wort „Vorschüssen“ ersetzt.

8. Art. 83 Nr. 4 Satz 1 Buchst. b erhält folgende Fassung:

„b) das Wahlrecht für den Deutschen Bundestag

oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften besitzen.“

§ 8

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. August 1990 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten jedoch § 1 Nr. 5 Buchst. a bis d, Nr. 6 sowie § 5 Nrn. 2 und 3 mit Wirkung vom 1. Februar 1988, § 1 Nr. 1 mit Wirkung vom 1. Dezember 1988 in Kraft.

München, den 24. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

282-2-11-W

Gesetz über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung

Vom 24. Juli 1990

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Art. 1

Errichtung

¹Unter dem Namen „Bayerische Forschungsstiftung“ wird eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet. ²Sie entsteht mit Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Art. 2

Zweck, Stiftungsgenuß

(1) Die Stiftung hat den Zweck,

1. ergänzend zur staatlichen Forschungsförderung durch zusätzliche Mittel oder auf sonstige Weise universitäre und außeruniversitäre Forschungsvorhaben, die für die wissenschaftlich-technologische Entwicklung Bayerns oder für die bayerische Wirtschaft oder für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen nach Art. 131 und 141 der Verfassung von Bedeutung sind,
2. die schnelle Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch die Wirtschaft zu fördern.

(2) ¹Die Stiftung soll ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes Steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung erfüllen. ²Das Nähere regelt die Satzung.

(3) Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung des jederzeit widerruflichen Stiftungsgenusses besteht nicht.

Art. 3

Stiftungsvermögen

(1) Das Vermögen der Stiftung besteht

1. aus dem Anspruch gegen den Freistaat Bayern auf Zuweisung
 - a) der Erträge aus seiner Beteiligung an der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH,
 - b) von zwei Drittel der Erträge aus seiner Beteiligung an der Bayernwerk AG
 oder einer dagegen eingetauschten anderen Beteiligung; diese Zuweisung ist auf fünf Jahre befristet,
2. aus einem Kapitalstock, den die Stiftung sich aus den in Nummern 1 und 3 genannten Erträgen aufbaut,
3. aus Zustiftungen vor allem aus der Wirtschaft, sonstigen Zuwendungen sowie sonstigen Ein-

nahmen, soweit sie nicht zur unmittelbaren Erfüllung des Stiftungszwecks bestimmt sind.

(2) Im Fall der Veräußerung der Beteiligungen hat die Stiftung Anspruch auf eine gleichwertige andere Ausstattung.

Art. 4

Stiftungsmittel

Die Stiftung erfüllt ihre Aufgaben aus

1. den in Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 genannten Zuweisungen, soweit diese nicht in den Kapitalstock eingestellt werden,
2. Erträgen des gem. Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 gebildeten Kapitalstocks,
3. Zuwendungen und sonstigen Einnahmen, soweit sie zur unmittelbaren Erfüllung des Stiftungszwecks bestimmt sind.

Art. 5

Organe

Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat, der Stiftungsvorstand sowie der wissenschaftliche Beirat.

Art. 6

Stiftungsrat

(1) Der Stiftungsrat besteht aus

1. dem Ministerpräsidenten als Vorsitzenden,
2. dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst,
3. dem Staatsminister der Finanzen,
4. dem Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr,
5. zwei Vertretern des Bayerischen Landtags,
6. einem Vertreter des Bayerischen Senats,
7. zwei Vertretern der Wirtschaft,
8. zwei Vertretern der Wissenschaft, davon einem Vertreter der Universitäten und einem Vertreter der Fachhochschulen.

(2) ¹Der Stiftungsrat hat insbesondere die Aufgabe, die Grundsätze der Stiftungspolitik und die Arbeitsprogramme festzulegen sowie über den Haushaltsplan, die Jahresrechnung und die Vermögensübersicht zu beschließen. ²Er kann Richtlinien für die Vergabe von Stiftungsmitteln erlassen.

Art. 7

Stiftungsvorstand

(1) ¹Der Stiftungsvorstand besteht aus je einem Vertreter der Staatskanzlei, des Staatsministeriums

für Wissenschaft und Kunst, des Staatsministeriums der Finanzen und des Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr. ²Der Stiftungsvorstand bestimmt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

(2) ¹Der Stiftungsvorstand führt entsprechend den Richtlinien und Beschlüssen des Stiftungsrats die Geschäfte der laufenden Verwaltung. ²Soweit der Bereich einzelner Staatsministerien berührt ist, entscheidet der Stiftungsvorstand einstimmig. ³Der Vorsitzende des Stiftungsvorstands vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

(3) ¹Der Vorstand bedient sich einer Geschäftsstelle. ²Sie wird von einem Geschäftsführer geleitet, der nach Maßgabe der Satzung auch Vertretungsaufgaben wahrnehmen kann.

Art. 8

Wissenschaftlicher Beirat

(1) Der wissenschaftliche Beirat besteht aus Sachverständigen der Wirtschaft und der Wissenschaft.

(2) Der wissenschaftliche Beirat hat die Aufgabe, die Stiftung in Forschungs- und Technologiefragen zu beraten und einzelne Vorhaben zu begutachten.

Art. 9

Satzung

¹Die nähere Ausgestaltung der Stiftung wird durch eine Satzung geregelt. ²Die Satzung wird durch die Staatsregierung erlassen.

Art. 10

Stiftungsaufsicht

Die Stiftung untersteht unmittelbar der Aufsicht des Staatsministeriums der Finanzen.

Art. 11

Beendigung, Heimfall

(1) Die Stiftung kann nur durch Gesetz aufgehoben werden.

(2) Im Fall der Aufhebung der Stiftung fällt ihr Vermögen an den Freistaat Bayern.

Art. 12

Stiftungsgesetz

Im übrigen gelten die Bestimmungen des Stiftungsgesetzes (BayRS 282-1-1-K) in seiner jeweils gültigen Fassung.

Art. 13

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1990 in Kraft.

München, den 24. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

787-1-E

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft

Vom 24. Juli 1990

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft – LwFÖG – (BayRS 787-1-E), zuletzt geändert durch Art. 54 des Gesetzes vom 24. Juli 1986 (GVBl S. 169), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 5 Abs. 5 werden die Worte „Art. 14 Abs. 1 und 2“ durch die Worte „Art. 14 Abs. 1 bis 3“ ersetzt.
2. Art. 14 wird wie folgt geändert:
 - a) Es werden folgende neue Absätze 3 und 4 eingefügt:

„(3) ¹Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kann für die Einreihung von Fleisch in gesetzliche Handelsklassen und die Gewichtsfeststellung bei Fleisch einen Zusammenschluß beauftragen, welcher diese Aufgaben durch hierfür öffentlich bestellte Sachverständige wahrnimmt. ²Dafür werden staatliche Leistungen von 50 v. H. des notwendigen Aufwands gewährt.

(4) ¹Dem Zusammenschluß nach Absatz 3 können weitere Aufgaben, insbesondere die Gewichtsfeststellung von Schlachtvieh und Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Fleischqualität übertragen werden. ²Die Förderung erfolgt im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.“

- b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5 und wie folgt geändert:

In Satz 1 werden die Worte „Absatz 1 und 2“ durch die Worte „den Absätzen 1 bis 4“ ersetzt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1990 in Kraft.

München, den 24. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

2162-1-A

Drittes Gesetz zur Änderung des Jugendamtsgesetzes

Vom 24. Juli 1990

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt, des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit und des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften – Jugendamtsgesetz – JAG – (BayRS 2162-1-A), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1986 (GVBl S. 215), wird wie folgt geändert:

1. Art. 4 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Gehört dem Jugendwohlfahrtsausschuß ein Schulrat, ein Lehrer oder ein Berufsberater bereits nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 JWG an, so ist Absatz 1 insoweit nicht anzuwenden.“

2. Art. 10 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Die Verwaltung des Landesjugendamts führen der vom Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung bestellte Leiter für dessen Geschäftsbereich sowie der Referent für Jugendpflege im Staatsministerium für Unterricht und Kultus für seinen Bereich. ²Aufgaben des Landesjugendamts auf dem Gebiet der Jugendpflege können dem Bayerischen Jugendring, Körperschaft des öffentlichen Rechts, zur Wahrnehmung im Auftrag des Staates übertragen werden.“

3. Art. 11 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 wird folgende neue Nummer 4 eingefügt:

„4. der Leiter der Verwaltung des Landesjugendamts,“

b) Die bisherigen Nummern 4 bis 8 werden Nummern 5 bis 9.

c) In Absatz 2 Satz 2 werden die Worte „Nummern 5 bis 7“ durch die Worte „Nummern 6 bis 8“ und in Absatz 2 Satz 3 die Worte „Nummer 8“ durch die Worte „Nummer 9“ ersetzt.

4. Es wird folgender neuer Art. 46 eingefügt:

„Art. 46

Beteiligung des Staates und der Bezirke
an den Kosten der Erziehungshilfe in Heimen

(1) Von den Kosten der Unterbringung Minderjähriger oder Volljähriger, denen Hilfe nach dem Gesetz für Jugendwohlfahrt in Heimen der Erziehungshilfe gewährt wird, trägt die kreisfreie Gemeinde oder der Landkreis einen Grundbetrag von 40 Deutsche Mark pro Kalendertag der Unterbringung.

(2) ¹An den Kosten der Unterbringung, die nach Abzug der Grundbeträge nach Absatz 1 und der Einnahmen der Jugendämter verbleiben, beteiligen sich der Staat und die Bezirke jeweils mit einem Festbetrag. ²Die Festbeträge errechnen sich aus dem auf eine volle Million Deutsche Mark aufgerundeten Durchschnitt der Istaussgaben des Staates sowie der Bezirke für die Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe, der Fürsorgeerziehung und der Hilfe nach § 75a JWG in den Kalenderjahren 1985 bis 1987. ³Den Rest der Kosten tragen die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise.

(3) ¹Der Staat leistet einen Ausgleich zu den Aufwendungen, die den Bezirken nach Absatz 2 erwachsen. ²Der Ausgleich richtet sich danach, wie hoch ein Bezirk, gemessen an seiner Umlagekraft, mit der Kostenbeteiligung nach Absatz 2 belastet ist. ³Derjenige Teil der Belastungen, der den Landesdurchschnitt übersteigt, wird vom Staat ersetzt.

(4) Das Nähere regelt eine Rechtsverordnung, die das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit den Staatsministerien des Innern und der Finanzen erläßt.

5. Der bisherige Art. 46 wird Art. 46a; die Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.

§ 2

(1) ¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1990 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt jedoch der durch § 1 Nr. 4 neu eingefügte Art. 46 Abs. 4 mit Wirkung vom 1. Juni 1990 in Kraft.

(2) ¹Soweit vor dem 1. Juli 1990 Freiwillige Erziehungshilfe, Fürsorgeerziehung oder Hilfe nach § 75a des Jugendwohlfahrtsgesetzes an Stelle von Hilfe zur Erziehung nach §§ 5, 6 des Jugendwohlfahrtsgesetzes bewilligt wurde, findet ein nachträglicher Kostenabgleich nicht statt. ²Soweit vor dem 1. Juli 1990 Freiwillige Erziehungshilfe, Fürsorgeerziehung oder Hilfe nach § 75a des Jugendwohlfahrtsgesetzes an Stelle von Hilfe zur Erziehung nach §§ 5, 6 des Jugendwohlfahrtsgesetzes bewilligt wurde und auf Grund einer nach dem 1. Juli 1987 erfolgten Rechnungsprüfung ein Kostenabgleich durchgeführt wurde, sind von den kreisfreien Gemeinden oder Landkreisen dem Staat und den Bezirken erstattete Beträge von diesen zurückzuerstatten.

München, den 24. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

2010-5-1

**Bekanntmachung
des Vertrags vom 31. Mai 1988
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Österreich
über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen**

Vom 17. Juli 1990

Der Landtag des Freistaates Bayern hat mit Beschluß vom 30. Januar 1990 dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen vom 31. Mai 1988 zugestimmt. Auf Grund dieses Beschlusses habe ich gegenüber der Regierung der Bundesrepublik Deutschland das Einverständnis des Freistaates Bayern mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde erklärt.

Der Vertrag wird nachstehend bekanntgemacht.

München, den 17. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Österreich
über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Österreich

– von dem Wunsche geleitet, den gegenseitigen
Amts- und Rechtshilfeverkehr in Verwaltungssachen weiter zu verbessern und zu vereinfachen –
sind wie folgt übereingekommen:

I. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die Vertragsstaaten leisten in öffentlich-rechtlichen Verfahren ihrer Verwaltungsbehörden, in österreichischen Verwaltungsstraf- und in deutschen Bußgeldverfahren, soweit sie nicht bei einer Justizbehörde anhängig sind, ferner in Verfahren vor den österreichischen Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit und den deutschen Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit nach Maßgabe dieses Vertrags Amts- und Rechtshilfe.

(2) Amts- und Rechtshilfe nach Absatz 1 wird nicht geleistet in

1. Abgabensachen, Zoll-, Verbrauchssteuer- und Monopolangelegenheiten, soweit sie in besonderen Verträgen geregelt sind;
2. Außenwirtschaftsangelegenheiten einschließlich devisa-rechtlicher Angelegenheiten sowie hinsichtlich Verboten und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze;
3. Steuerberatungssachen und diesen gleichgestellten Angelegenheiten.

(3) Bestehende Vereinbarungen der Vertragsstaaten über die Leistung von Amts- und Rechtshilfe bleiben unberührt.

Artikel 2

(1) Im Amts- und Rechtshilfeverkehr nach Artikel 1 Absatz 1 zwischen den Vertragsstaaten können die Verwaltungsbehörden und die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit unmittelbar miteinander verkehren. Soweit die Erledigung von Amts- und Rechtshilfeersuchen nach diesem Vertrag durch Strafgerichte vorzunehmen ist, ist auch mit diesen der unmittelbare Verkehr zulässig. Wenn der unmittelbare Verkehr nur unter besonderen Schwierigkeiten möglich ist, sind diejenigen Verwaltungsbehörden einzuschalten, die der ersuchte Staat hierfür bestimmt hat. Die Vertragsstaaten teilen einander diese Verwaltungsbehörden mit.

(2) Amts- und Rechtshilfeersuchen sind von der ersuchten Stelle (Verwaltungsbehörde oder Gericht), wenn diese für die Erledigung nach dem Recht des ersuchten Staates nicht zuständig ist, an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Die ersuchende Stelle ist davon zu unterrichten.

Artikel 3

Amts- und Rechtshilfe wird nach dem Recht des ersuchten Staates geleistet.

Artikel 4

(1) Amts- und Rechtshilfe wird nicht geleistet, wenn sie nach dem Recht des ersuchten Staates unzulässig ist oder wenn die Erledigung des Ersuchens geeignet wäre, die Souveränität, die Sicher-

heit, die öffentliche Ordnung oder andere wesentliche Interessen des ersuchten Staates zu beeinträchtigen.

(2) Über die Ablehnung unterrichtet die ersuchte Stelle unverzüglich die ersuchende Stelle unter Angabe der Gründe.

II. Abschnitt

Anhörungen, Auskünfte und Beweise

Artikel 5

(1) Die Vertragsstaaten leisten einander Amts- und Rechtshilfe durch

1. Ermittlungen einschließlich Beweisaufnahmen;
2. Anhörung Beteiligten und Vernehmung Betroffener/Beschuldigter;
3. Erteilung von Auskünften einschließlich solcher aus dem Strafregister;
4. Übersendung von Schriftstücken.

(2) Die Vertragsstaaten leisten einander ferner Amts- und Rechtshilfe durch die Erteilung von Auskünften und die Übersendung von Schriftstücken aus gerichtlichen Straf- und Bußgeldverfahren.

Artikel 6

Ersuchen nach Artikel 5 müssen Gegenstand und Zweck des Verfahrens, in dem Amts- oder Rechtshilfe geleistet werden soll, bezeichnen und die zur Erledigung erforderlichen Angaben enthalten.

Artikel 7

Der ersuchenden Stelle dürfen lediglich die Auslagen für Sachverständige und Dolmetscher, die bei der Erledigung des Ersuchens mitgewirkt haben, in Rechnung gestellt werden.

Artikel 8

(1) Auskünfte und Schriftstücke, die von der ersuchten Stelle übermittelt werden, unterliegen im anderen Vertragsstaat den innerstaatlichen Vorschriften über die Amtsverschwiegenheit.

(2) Teilt die ersuchte Stelle mit, daß die von ihr übermittelten Auskünfte oder Schriftstücke nicht weitergegeben oder nur zu bestimmten Zwecken oder nur während eines bestimmten Zeitraums verwertet werden dürfen, so hat die ersuchende Stelle diese Beschränkungen zu beachten.

III. Abschnitt

Vollstreckungshilfe

Artikel 9

(1) Die Vertragsstaaten leisten einander Amtshilfe durch Vollstreckung von öffentlich-rechtlichen Geldforderungen – einschließlich der in österreichischen verwaltungsbehördlichen Straferkenntnissen

oder Strafverfügungen rechtskräftig verhängten Geldstrafen von mindestens dreihundertfünfzig Schilling und der von deutschen Verwaltungsbehörden rechtskräftig festgesetzten Geldbußen von mindestens fünfzig Deutsche Mark sowie der Nebenfolgen vermögensrechtlicher Art –, ferner bei der Einziehung von Urkunden, die vom ersuchenden Staat ausgestellt sind. Für die Vollstreckung gilt das Recht des ersuchten Staates. Freiheitsentzug als Strafmittel ist ausgeschlossen.

(2) Die Vertragsstaaten teilen einander mit, welche Stellen für die Erledigung von Ersuchen um Vollstreckung zuständig sind. Die Vertragsstaaten können auch Verwaltungsbehörden bestimmen, welche die Ersuchen um Vollstreckung entgegennehmen, um sie an die für die Erledigung zuständigen Stellen weiterzuleiten; soweit dies geschieht, teilen die Vertragsstaaten einander anstelle der Mitteilung nach Satz 1 diese Verwaltungsbehörden mit.

(3) Dem Ersuchen um Vollstreckung (Absatz 1) ist eine Ausfertigung des Vollstreckungstitels/Exekutionstitels oder des zu vollstreckenden Bescheides beizulegen, auf dem die Unanfechtbarkeit/Rechtskraft von der ersuchenden Behörde zu bestätigen ist. Solche Bescheide stehen hinsichtlich der Vollstreckung Bescheiden von Behörden des ersuchten Staates gleich.

(4) Die Vollstreckung von Geldforderungen wird in der Währung des ersuchten Staates durchgeführt. Die ersuchende Stelle rechnet den für sie zu vollstreckenden Geldbetrag in diese Währung um und vermerkt ihn auf dem zu vollstreckenden Titel. Für die Umrechnung maßgebend ist in der Republik Österreich der an der Wiener Börse zuletzt notierte Devisenankaufskurs (Geld) für Zahlung Frankfurt und in der Bundesrepublik Deutschland der in Frankfurt am Main zuletzt festgestellte amtliche Devisenankaufskurs für Zahlung Wien.

(5) Über Einwendungen gegen die Zulässigkeit oder die Art der Vollstreckung entscheidet die zuständige Stelle des ersuchten Staates.

(6) Einwendungen gegen das Bestehen, die Höhe oder die Vollstreckbarkeit des zu vollstreckenden Anspruchs sind von der zuständigen Stelle des ersuchenden Staates nach dessen Recht zu erledigen. Werden solche Einwendungen bei der ersuchten Stelle erhoben, so sind sie der ersuchenden Stelle zu übermitteln, deren Entscheidung abzuwarten ist.

(7) Wenn der zu vollstreckende Geldbetrag außer Verhältnis zu den durch die Vollstreckung entstehenden Kosten steht, kann die ersuchte Stelle von der Vollstreckung absehen; sie hat davon die ersuchende Stelle zu unterrichten. Diese kann verlangen, die Vollstreckung dennoch vorzunehmen, wenn sie dies aus besonderen Gründen für erforderlich hält, hat dann jedoch die Kosten einer erfolglosen Vollstreckung zu tragen.

(8) Die ersuchte Stelle hat die von ihr eingenommenen Geldbeträge der ersuchenden Behörde zu überweisen. Ausgenommen sind Kosten, die nach dem Recht des ersuchten Staates zu erheben waren.

IV. Abschnitt

Zustellungen

Artikel 10

(1) Schriftstücke in Verfahren nach Artikel 1 Absatz 1 werden unmittelbar durch die Post nach den für den Postverkehr zwischen den Vertragsstaaten geltenden Vorschriften übermittelt. Wird ein Zustellnachweis benötigt, ist das Schriftstück als eingeschriebener Brief mit den besonderen Versendungsformen „Eigenhändig“ und „Rückschein“ zu versenden. Kann eine Zustellung nicht unmittelbar durch die Post bewirkt werden oder ist dies nach Art und Inhalt des Schriftstücks nicht zweckmäßig, ist die zuständige Stelle im anderen Vertragsstaat um Vermittlung der Zustellung im Wege der Amts- und Rechtshilfe zu ersuchen. Die Vertragsstaaten teilen einander diese Stellen mit.

(2) Eine unmittelbare Zustellung durch die Post ist bei Bescheiden im Zusammenhang mit der Feststellung der Eignung Wehrpflichtiger zum Wehrdienst, bei Bescheiden, die eine Person zur militärischen Dienstleistung oder das im ersuchenden Staat gelegene Eigentum eines Angehörigen des anderen Vertragsstaats dauernd oder vorübergehend zu militärischen Zwecken heranziehen, sowie bei Bescheiden aufgrund des Abkommens/der Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge nicht zulässig.

(3) Die Zustellung von Bescheiden in Verwaltungsstrafverfahren an Angehörige des Staates, in dem die Zustellung vorgenommen werden soll, gilt hinsichtlich des Ausspruchs eines Freiheitsentzugs als nicht bewirkt.

Artikel 11

Ersuchen, die auf Vornahme einer Zustellung gemäß Artikel 10 Absatz 1 Satz 3 gerichtet sind, sollen in denjenigen Fällen, in denen das Recht des ersuchten Staates die Wahl zwischen mehreren Zustellungsarten vorsieht, die Art der gewünschten Zustellung angeben; fehlt eine solche Angabe, steht die Wahl im Ermessen der ersuchten Stelle.

Artikel 12

Die Stelle, die aufgrund eines Ersuchens gemäß Artikel 10 Absatz 1 Satz 3 eine Zustellung selbst oder durch die Post vorgenommen hat, übermittelt der ersuchenden Stelle ein von ihr ausgestelltes Zustellzeugnis oder eine vom Empfänger eigenhändig unterschriebene Bestätigung, die Ort und Tag des Empfangs erkennen lassen.

Artikel 13

Ist der Empfänger unter der von der ersuchenden Stelle angegebenen Anschrift nicht zu erreichen und kann seine Anschrift nur unter unverhältnismäßigem Aufwand festgestellt werden, so sendet die ersuchte Stelle das Ersuchen wieder zurück.

V. Abschnitt

Besondere Regelungen in Angelegenheiten des Kraftfahrwesens

Artikel 14

(1) Ein im anderen Vertragsstaat ausgestellter Führerschein wird dem Inhaber gegen Empfangsbestätigung abgenommen, wenn

1. der andere Vertragsstaat um die Vollstreckung einer Entscheidung über die Entziehung der Fahrerlaubnis/Lenkerberechtigung ersucht;
2. der andere Vertragsstaat um Übermittlung des Führerscheins zum Zwecke der Vornahme von behördlichen Eintragungen ersucht;
3. auf seiner Grundlage eine Fahrerlaubnis/Lenkerberechtigung auf Antrag erteilt wird; der im anderen Vertragsstaat ausgestellte Führerschein darf nur gegen Ablieferung des auf seiner Grundlage ausgestellten wieder ausgehändigt werden;
4. das Recht, den Führerschein zu verwenden, aberkannt wird.

(2) Abgenommene Führerscheine werden in den Fällen des Absatzes 1 Nummern 1 und 2 der ersuchenden Behörde, sonst der Ausstellungsbehörde übermittelt; der Betroffene kann jedoch in den Fällen des Absatzes 1 Nummern 3 und 4 die Verwahrung bei einer anderen Behörde beantragen.

Artikel 15

(1) Der Fahrzeugschein/Zulassungsschein und die amtlichen Kennzeichen/Kennzeichentafeln eines im anderen Vertragsstaat zugelassenen Fahrzeugs werden dem Inhaber gegen Empfangsbestätigung abgenommen und der Behörde, die den Fahrzeugschein/Zulassungsschein ausgestellt hat, übermittelt, wenn

1. der andere Vertragsstaat um die Vollstreckung einer Entscheidung über die Untersagung des Betriebs/Aufhebung der Zulassung des Fahrzeugs ersucht;
2. es sich erweist, daß bei einer befristeten Zulassung die Frist abgelaufen ist;
3. es sich erweist, daß bei weiterer Verwendung des Fahrzeugs die Verkehrs- oder Betriebssicherheit wegen schwerer technischer Mängel gefährdet würde, und die Mängel des Fahrzeugs nicht innerhalb einer von der einschreitenden Behörde gesetzten angemessenen Frist behoben werden;
4. das Fahrzeug zugelassen wird; in diesem Fall wird das Fahrzeug im anderen Vertragsstaat als abgemeldet behandelt.

(2) Im Falle des Absatzes 1 Nummern 2 und 3 wird dem anderen Vertragsstaat eine kurze Sachverhaltsdarstellung, im Falle des Absatzes 1 Nummer 4 Name und Anschrift des nunmehrigen Halters/Zulassungsbesitzers sowie das neue Kennzeichen mitgeteilt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Fahrzeuge mit Kennzeichen für Prüfungs-/Probefahrten, für Überführungs-/Überstellungsfahrten sowie für Fahrzeuge mit Zollkennzeichen.

VI. Abschnitt

Schlußbestimmungen

Artikel 16

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Vertrags sollen durch die Regierungen der Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht innerhalb von sechs Monaten beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und sich beide Mitglieder auf den Angehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden einigen, der von den Regierungen der Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Für den Fall, daß der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte die österreichische oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofs, danach auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofs über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des von ihm bestellten Schiedsrichters und seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Vorsitzenden und die sonstigen Kosten werden

von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Die Gerichte der beiden Vertragsstaaten werden dem Schiedsgericht auf sein Ersuchen Rechtshilfe hinsichtlich der Ladung und der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen in entsprechender Anwendung der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Vereinbarungen über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen leisten.

Artikel 17

Artikel 9 ist nicht auf Geldstrafen oder Geldbußen anzuwenden, die vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags verhängt oder festgesetzt worden sind.

Artikel 18

Wer Angehöriger eines Vertragsstaats im Sinne des Vertrags ist, bestimmt sich nach dem Recht dieses Vertragsstaats.

Artikel 19

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Bundesregierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 20

(1) Der Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Wien ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Kalendermonats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; er tritt sechs Monate nach Eingang der Kündigung außer Kraft. Im Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags bestehende Ersuchen sind nach den Bestimmungen dieses Vertrags durchzuführen.

Geschehen zu Bonn am 31. Mai 1988 in zwei Urschriften.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Dr. Lautenschlager

Für die Republik Österreich

Dr. Bauer

230-1-1-U

Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zusammensetzung des Landesplanungsbeirats

Vom 17. Juli 1990

Auf Grund des Art. 12 Abs. 1 Satz 2 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayRS 230-1-U) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Zusammensetzung des Landesplanungsbeirats (BayRS 230-1-U), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. November 1987 (GVBl S. 417), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Worte „Landkreisverband Bayern“ werden durch die Worte „Bayerischer Landkreistag“ ersetzt.
- b) Die Worte „Verband der bayerischen Bezirke e.V.“ werden durch die Worte „Verband der bayerischen Bezirke“ ersetzt.
- c) Nach den Worten „Verband freier Berufe in Bayern e.V.“ werden die Worte „Bayerische Architektenkammer“ eingefügt.
- d) Nach den Worten „Landesverband bayerischer Transportunternehmen e.V.“ werden die Worte „Verband Deutscher Seilbahnen und Schlepplifte e.V.“ eingefügt.
- e) Nach den Worten „Bayerischer Beamtenbund e.V.“ werden die Worte „Berufsverband der praktizierenden Landes-, Bezirks- und Regionalplaner“ eingefügt.
- f) Die Worte „Deutsche Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum, Landesgruppe Bayern“ werden durch die Worte „Bayerische Akademie ländlicher Raum e.V.“ ersetzt.

g) Nach den Worten „Bayerischer Landes-Sportverband e.V.“ werden angefügt:

„Deutscher Alpenverein e.V. gemeinsam mit Verein zum Schutz der Bergwelt e.V.

Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V.

Landesverband Bayern e.V. der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Bayern e.V.“

2. § 2 erhält folgende Fassung:

„§ 2

Für jedes Mitglied ist mindestens ein stellvertretendes Mitglied zu benennen.“

3. In § 3 wird das Wort „je“ gestrichen.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 1990 in Kraft.

(2) Das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen wird ermächtigt, die Verordnung neu bekanntzumachen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

München, den 17. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

240-1-1-A

Verordnung zur Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes (DVBVFG)

Vom 24. Juli 1990

Auf Grund von § 16 Abs. 1 Satz 3 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. September 1971 (BGBl I S. 1565), zuletzt geändert durch Gesetze vom 28. Juni 1990 (BGBl I S. 1221 und S. 1247) und Art. 9a Abs. 2 des Gesetzes über Regelungen im Sozialwesen (BayRS 2170-7-A), geändert durch Gesetz vom 19. Juli 1990 (GVBl S. 230), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

Abschnitt I

Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften zum Vollzug des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) und weiterer Eingliederungsvorschriften

§ 1

¹Die Bearbeitung des Flüchtlingswesens in der Unterstufe obliegt den Kreisverwaltungsbehörden, bei denen ein Ausgleichsamt besteht; sie wird dem Ausgleichsamt übertragen. ²Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach der des Ausgleichsamts.

§ 2

(1) ¹Über den Antrag auf Ausstellung eines der in § 15 BVFG genannten Ausweise entscheidet das Ausgleichsamt. ²Solange sich die antragstellende Person in einer Erstaufnahmestelle befindet, ist das Ausgleichsamt zuständig, in dessen Bereich die Stelle gelegen ist. ³Ist einer Person auf Antrag ein Aufnahmebescheid nach § 28 BVFG erteilt worden, so ist das Ausgleichsamt ausschließlich zuständig, das die Zustimmung nach § 28 Abs. 2 BVFG erteilt hat, es sei denn, die antragstellende Person wird im Zuständigkeitsbereich eines anderen Ausgleichsamts untergebracht.

(2) Bei der Entscheidung über Anträge gemäß § 16 BVFG ist gleichzeitig festzustellen, ob der Antragsteller zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen als Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling (§§ 9 bis 12 BVFG) befugt ist.

(3) Der Ausschluß von Rechten und Vergünstigungen gemäß §§ 9 bis 12 BVFG ist in folgender Fassung im Ausweis zu vermerken:

„Zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen gemäß § ... BVFG nicht berechtigt. Datum, Dienstsiegel der verfügenden Behörde, Unterschrift“.

(4) In den Fällen des § 1 Abs. 3 BVFG ist der Bundesvertriebenenausweis des nichtdeutschen Ehegatten wie folgt zu kennzeichnen:

„Ausweisinhaber gilt gemäß § 1 Abs. 3 BVFG als Vertriebener“.

(5) ¹Eheliche Kinder unter 16 Jahren werden im Ausweis des Vaters oder der Mutter eingetragen, nichteheliche im Ausweis der Mutter. ²Vollwaisen erhalten einen eigenen Ausweis. ³Sind Adoptiv-eltern weder Vertriebene noch Sowjetzonenflüchtlinge, so erhält das Adoptivkind, soweit es Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling ist, einen eigenen Ausweis.

§ 3

Die Regierungen und die Kreisverwaltungsbehörden sind im Verfahren nach §§ 15 ff. BVFG und gemäß § 93 Abs. 5 BVFG befugt, Versicherungen an Eides Statt entgegenzunehmen.

§ 4

Über die Beendigung der Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen gemäß § 13 Abs. 1 und 2 BVFG entscheidet die Regierung.

§ 5

Erstattungsbehörden für die Abrechnung des Leistungsaufwands der Krankenkassen aus dem Vollzug des § 90b BVFG sind die Versorgungsämter.

§ 6

Die Kreisverwaltungsbehörden sind zuständig für den Vollzug von Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes und des Freistaates Bayern, die die Gewährung von Leistungen für die schulische, berufliche und gesellschaftliche Eingliederung der Aussiedler, Übersiedler und ausländischen Flüchtlinge regeln, soweit keine andere Zuständigkeit begründet ist.

Abschnitt II

Regelung des Zustimmungsverfahrens nach § 28 Abs. 2 BVFG

§ 7

(1) ¹Die Ausgleichsämter erteilen die Zustimmung nach § 28 Abs. 2 Satz 1 BVFG. ²Ein vom Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung bestimmter Landesbeauftragter verteilt die Anträge auf die Regierungen, die ihrerseits die Anträge den Ausgleichsämtern zur Zustimmung zuweisen. ³Dabei haben der Landesbeauftragte und die Regierungen vorrangig anererkennungsfähige Familienbindungen, ansonsten Arbeitsplatz- und Wohnraumsituation oder den Wunsch von Kommunen nach späterer Zuweisung von Aussiedlern zu berücksichtigen. ⁴Anerkennungsfähige Familienbindungen sind gegeben zwischen Ehegatten, Verwandten ersten und zweiten Grades und Verschwägerten bis zum ersten Grad.

(2) ¹Die Verteilung der Anträge durch den Landesbeauftragten nach Absatz 1 Satz 2 erfolgt im übrigen nach dem in § 6 Abs. 3 Satz 1 der Übernahmeverordnung vom 19. September 1989 (GVBl S. 470, BayRS 240-11-A), geändert durch Verordnung vom 7. November 1989 (GVBl S. 662), festgelegten Regierungsbezirksschlüssel. ²Dabei werden die nach Absatz 1 Satz 2 verteilten Anträge berücksichtigt.

§ 8

¹Die Entscheidung nach § 7 Abs. 1 Satz 1 ist im Einvernehmen mit den Staatsangehörigkeitsbehörden zu treffen. ²Liegen mehrere Staatsangehörigkeitsbehörden im Zuständigkeitsbereich eines nach § 7 Abs. 1 Satz 2 zuständigen Ausgleichsamts, so bestimmt das Ausgleichsamt die zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde unter Berücksichtigung der Merkmale nach § 7 Abs. 1 Sätze 3 und 4.

Abschnitt III

Bestimmungen über den Beirat

§ 9

Bildung des Beirats

Bei dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung wird ein Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen gebildet.

§ 10

Zusammensetzung

(1) ¹Im Beirat sind vertreten

1. mit je einem Mitglied
 - die Staatskanzlei und die Staatsministerien,
 - die Landesarbeitsämter Südbayern und Nordbayern,
 - der Deutsche Caritasverband
– Landesverband e.V. –,
 - der Landesverband der Inneren Mission e.V.,
 - die Arbeiterwohlfahrt
– Landesverband Bayern e.V. –,
 - das Bayerische Rote Kreuz,
 - der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband
– Landesverband Bayern e.V. –,
 - der Beirat für Wiedergutmachung,
 - der Bayerische Gemeindetag,
 - der Bayerische Städtetag,
 - der Bayerische Landkreistag,
 - die Katholische und Evangelische Kirche,
 - der Deutsche Gewerkschaftsbund
– Landesbezirk Bayern –,
 - die Deutsche Angestelltengewerkschaft
– Landesverband Bayern –,

die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung,

der Bayerische Bauernverband,

2. mit je zwei Mitgliedern

die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern,

der Bund der Mitteldeutschen
– Landesverband Bayern e.V. –,

3. mit drei Mitgliedern

der Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern,

4. mit neun Mitgliedern

der Bund der Vertriebenen
– Landesverband Bayern e.V. –.

²Für jedes Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu bestimmen.

(2) Den Vorsitz im Beirat führt der Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung oder eine mit seiner Vertretung beauftragte Person.

§ 11

Berufung und Amtsdauer der Mitglieder des Beirats

(1) Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beirats werden auf Vorschlag der von ihnen vertretenen Behörden und Organisationen durch den Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung für die Dauer von drei Jahren berufen.

(2) ¹Scheidet ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied des Beirats aus der von ihm vertretenen Behörde oder Organisation aus, so beruft der Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung auf Vorschlag der Behörde oder Organisation, der der Ausgeschiedene angehört hat, ein anderes Mitglied oder ein anderes stellvertretendes Mitglied für die restliche Dauer der Amtszeit des Ausgeschiedenen. ²Entsprechendes gilt auf Antrag der Behörde oder Organisation bei einer Umsetzung des Mitglieds oder stellvertretenden Mitglieds.

§ 12

Aufgabenkreis

¹Der Beirat hat die Aufgabe, das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung sachverständig in Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen zu beraten. ²Er soll zu allgemeinen Regelungen und Maßnahmen gehört werden.

Abschnitt IV

Schlußbestimmungen

§ 13

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1990 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Zweite Verordnung über die Organisation des Flüchtlingswesens (BayRS 240-1-1-A),
2. Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes - 2. VO - BVFG - (BayRS 240-1-2-A),
3. Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes - 3. VO - BVFG - (BayRS 240-1-3-A),
4. Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes - 4. VO - BVFG - (BayRS 240-1-4-A),
5. Fünfte Verordnung zur Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes - 5. VO - BVFG - (BayRS 240-1-5-A),
6. Sechste Verordnung zur Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes - 6. VO - BVFG - (BayRS 240-1-6-A).

(3) Abweichend von Absatz 1 tritt § 5 mit Wirkung vom 1. Januar 1989 in Kraft.

München, den 24. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

791-1-9-U

**Verordnung
über die Zulassung von Ausnahmen
von den Schutzvorschriften
für besonders geschützte Tierarten**

Vom 24. Juli 1990

Auf Grund des § 20g Abs. 6 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. März 1987 (BGBl I S. 889) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

¹Zum Schutz der heimischen Tierwelt oder zur Abwendung erheblicher landwirtschaftlicher Schäden wird abweichend von § 20f Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG Personen, die zur Ausübung des Jagdschutzgesetzes befugt sind, gestattet, Vögel der Arten

- Corvus corone corone Rabenkrähe
- Pipa pica Elster
- Garrulus glandarius Eichelhäher

außerhalb befriedeter Jagdbezirke (Art. 6 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Jagdgesetzes) und außerhalb der Brutzeit (15. März bis 15. Juli) zu töten.

²Nach Satz 1 erlegte Vögel der genannten Arten sind von Besitz-, Vermarktungs- und sonstigen Verkehrsverboten des § 20f Abs. 2 BNatSchG ausgenommen.

§ 2

Art und Zahl der erlegten Vögel sowie Zeit und Ort des Abschusses sind der Kreisverwaltungsbehörde jährlich bis zum 10. April zu melden.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. August 1990 in Kraft und am 31. Juli 1991 außer Kraft.

München, den 24. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

2129-3-1-U

**Verordnung
zur Bestimmung der federführenden Behörde
und ihrer Aufgaben
gemäß § 14 Abs. 1 des Gesetzes
über die Umweltverträglichkeitsprüfung**

Vom 24. Juli 1990

Auf Grund von Art. 1 § 14 Abs. 1 Sätze 1 und 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) vom 12. Februar 1990 (BGBl I S. 205), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 20. Juni 1990 (BGBl I S. 1080) und Art. 6a des Gesetzes über die Zuständigkeiten in der Landesentwicklung und in den Umweltfragen (BayRS 1102-3-U), geändert durch Gesetz vom 19. Juli 1990 (GVBl S. 229), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Federführende Behörde

(1) Federführende Behörde im Sinn von § 14 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung ist die höchste der beteiligten Zulassungsbehörden.

(2) ¹Bedarf ein Vorhaben der Zulassung durch mehrere Behörden derselben Verwaltungsebene, ist federführend diejenige, die das Verfahren mit dem größeren Kreis öffentlich-rechtlicher Beziehungen durchzuführen hat. ²Bestehen Zweifel, welche der Zulassungsbehörden federführende Behörde ist, so entscheidet das Staatsministerium, zu dessen Geschäftsbereich die Behörden gehören. ³Gehören die Behörden zum Geschäftsbereich verschiedener Staatsministerien, so entscheidet die

von den Staatsministerien gemeinsam bestimmte Behörde; einigen sich die Staatsministerien nicht, so entscheidet die Staatsregierung. ⁴Bei der Entscheidung über Zweifelsfälle ist stets das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen zu beteiligen.

§ 2

Aufgaben

¹Die federführende Behörde nimmt die in §§ 5 und 11 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung genannten Aufgaben wahr. ²Sie ist auch für die Aufgaben nach den §§ 6 bis 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zuständig, sofern diese Aufgaben nicht in Zusammenarbeit mit einem anderen Verfahren von der sonst zuständigen Zulassungsbehörde wahrgenommen werden.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 1990 in Kraft.

München, den 24. Juli 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

2230-2-3-1-WK

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
zur Durchführung des
Bayerischen Begabtenförderungsgesetzes**

Vom 2. Juli 1990

Auf Grund des Art. 11 des Bayerischen Begabtenförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. November 1983 (GVBl S. 1109, BayRS 2230-2-3-WK), geändert durch Gesetz vom 29. Juli 1986 (GVBl S. 199), und auf Grund des Gesetzes zur Überleitung von Zuständigkeiten auf das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst vom 23. Dezember 1986 (GVBl S. 392, BayRS 1102-5-S) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Begabtenförderungsgesetzes (DVBaBFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. September 1988 (GVBl S. 315, ber. S. 502, BayRS 2230-2-3-1-WK) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:
„²§ 5 Abs. 2 Satz 2 BAföG ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Ausbildung mindestens drei Monate dauern muß.“;
 - b) der bisherige Satz 2 wird Satz 3.
2. § 2 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Zahl „650“ durch die Zahl „690“ ersetzt;
 - b) in Satz 2 Nr. 2 wird die Zahl „200“ durch die Zahl „210“ ersetzt.
3. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 werden
 - aa) in Nr. 1 die Zahl „18,7“ durch die Zahl „19“ und die Zahl „12 000“ durch die Zahl „13 000“;
 - bb) in Nr. 2 die Zahl „5 800“ durch die Zahl „6 200“;
 - cc) in Nr. 3 die Zahl „18 900“ durch die Zahl „21 100“;
 - dd) in Nr. 4 die Zahl „5 800“ durch die Zahl „6 200“
 ersetzt;
 - b) in Absatz 3 Satz 1 wird
 - aa) die Nr. 2 gestrichen,
 - bb) die bisherige Nr. 3 wird Nr. 2;
 - c) in Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „Abs. 3“ gestrichen.
4. § 7 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden
 - aa) in Nr. 1 die Zahl „270“ durch die Zahl „295“;
 - bb) in Nr. 2 die Zahl „470“ durch die Zahl „515“;
 - cc) in Nr. 3 die Zahl „380“ durch die Zahl „460“
 ersetzt;
 - b) in Satz 2 wird die Zahl „690“ durch die Zahl „750“ ersetzt.
5. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird die Zahl „2 300“ durch die Zahl „2 530“ ersetzt;
 - b) in Absatz 2 Satz 1 werden
 - aa) in Nr. 1 die Zahl „90“ durch die Zahl „145“;
 - bb) in Nr. 2 Buchst. a die Zahl „380“ durch die Zahl „460“;
 - cc) in Nr. 2 Buchst. b die Zahl „500“ durch die Zahl „590“
 ersetzt;
 - c) in Absatz 3 Nr. 1 wird die Zahl „25“ durch die Zahl „50“ ersetzt;
 - d) in Absatz 3 Nr. 2 werden
 - aa) die Zahl „10“ durch die Zahl „5“ ersetzt,
 - bb) nach dem Wort „wird“ das Komma durch einen Punkt ersetzt,
 - cc) die Worte „höchstens jedoch bis zu 60 DM für das erste Kind, 140 DM für das zweite, 210 DM für das dritte und jedes weitere Kind.“ gestrichen.
6. § 10 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 erhält folgende Fassung:
„¹Für die Beendigung des Studiums ist stets der Zeitpunkt des letzten Prüfungsteils der Abschlußprüfung maßgebend.“;
 - b) es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:
„²Das Stipendium endet mit Ablauf des Monats, in dem nach Satz 1 die Ausbildung beendet ist, spätestens mit Ablauf des letzten Monats der Stipendiumshöchstdauer.“;
 - c) die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.
7. In § 20 Abs. 2 wird die Zahl „635“ durch die Zahl „660“ ersetzt.

§ 2

Die Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Begabtenförderungsgesetzes (DVBayBFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. September 1988 (GVBl S. 315, ber. S. 502), zuletzt geändert durch § 1 dieser Verordnung, wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 wird die Zahl „13 000“ durch die Zahl „13 400“,
 - b) in Nr. 2 die Zahl „6 200“ durch die Zahl „6 400“,
 - c) in Nr. 3 die Zahl „21 100“ durch die Zahl „21 700“,
 - d) in Nr. 4 die Zahl „6 200“ durch die Zahl „6 400“ ersetzt.
2. § 7 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden
 - aa) in Nr. 1 die Zahl „295“ durch die Zahl „300“,
 - bb) in Nr. 2 die Zahl „515“ durch die Zahl „530“,
 - cc) in Nr. 3 die Zahl „460“ durch die Zahl „475“,ersetzt;
 - b) In Satz 2 wird die Zahl „750“ durch die Zahl „770“ ersetzt.

3. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird die Zahl „2 530“ durch die Zahl „2 600“ ersetzt;
- b) in Absatz 2 Satz 1 werden
 - aa) in Nr. 1 die Zahl „145“ durch die Zahl „150“,
 - bb) in Nr. 2 Buchst. a die Zahl „460“ durch die Zahl „475“,
 - cc) in Nr. 2 Buchst. b die Zahl „590“ durch die Zahl „610“ersetzt.

§ 3

Es treten in Kraft:

1. § 1 dieser Verordnung am 1. Oktober 1990;
2. § 2 dieser Verordnung am 1. Oktober 1991.

München, den 2. Juli 1990

**Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft und Kunst**

Hans Zehetmair, Staatsminister

2210-8-5-WK

**Achte Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die befristete Immatrikulation
und das Weiterstudium von Studenten
an Hochschulen mit Teilstudiengängen**

Vom 3. Juli 1990

Auf Grund von Art. 63 Abs. 5 des Bayerischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1988 (GVBl S. 399, BayRS 2210-1-1-WK) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die befristete Immatrikulation und das Weiterstudium von Studenten an Hochschulen mit Teilstudiengängen (BayRS 2210-8-5-WK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Juni 1987 (GVBl S. 205), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 werden nach dem Wort „Regensburg“ die Worte „und an der Universität München“ eingefügt.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Worte „jeweils im Wintersemester“ durch die Worte „je Semester“ ersetzt, in Nummer 1 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „14“ ersetzt, Nummer 2 wird gestrichen, Nummer 3 wird Nummer 2 und die Zahl „45“ wird durch die Zahl „41“ ersetzt.

b) Es wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) ¹Die an der Universität München im Rahmen der durch die jeweils geltenden Vorschriften festgesetzten Zulassungszahlen zugelassenen Studenten, deren Immatrikulation nach § 1 befristet ist und die auf keinen Teilstudienplatz zugelassen worden waren, werden auf Antrag von der Universität München und der Technischen Universität München übernommen. ²Hierbei übernimmt die Technische Universität München je Semester 56 Studenten. ³Im übrigen werden die Studenten durch die Universität München spätestens im zweiten auf die ärztliche Vorprüfung folgenden Semester übernommen. ⁴§ 3 bleibt unberührt.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3. Im ersten und zweiten Halbsatz werden jeweils die Worte „Absatz 1“ durch die Worte „Absätze 1 und 2“ ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden nach den Worten „§ 2 Abs. 1 Sätze 2 und 3“ ein Komma und die Worte „Abs. 2“ eingefügt, die Worte „Abs. 3“ durch die Worte „Abs. 4“ ersetzt und nach den Worten „§ 2 Abs. 1 Satz 1“ die Worte „oder Abs. 2 Satz 1“ eingefügt.

b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³§ 11 Abs. 3 der Hochschulvergabeverordnung – HSchVV – vom 9. Mai 1986 (GVBl S. 66, BayRS 2210-8-2-1-1-WK) in der jeweils geltenden Fassung gilt entsprechend.“

4. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Reicht“ die Worte „bei Studenten im Sinn des § 2 Abs. 1“ eingefügt.

b) Dem Absatz 1 wird folgender Satz 3 angefügt: „³Reicht bei Studenten im Sinn des § 2 Abs. 2 die Aufnahmekapazität einer der beiden Hochschulen nicht aus, so entscheidet das Los über die Verteilung an diese Hochschule, es sei denn, es liegt ein wichtiger Grund vor, der die Fortsetzung des Studiums an dieser Hochschule zwingend erfordert.“

c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Ein wichtiger Grund im Sinn des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 3 und Satz 3 liegt nur vor, wenn die Zuweisung an eine andere Hochschule unter Anlegung eines strengen Maßstabs mit erheblichen Nachteilen verbunden wäre. ²Als wichtiger Grund gelten nicht die Absicht, an der gewünschten Hochschule zu promovieren, und die Zusage der Betreuung einer Promotion durch eine Lehrperson der gewünschten Hochschule. ³Im Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 3 sind dies nur Nachteile, die über das Maß des in Absatz 1 Satz 2 Nr. 4 genannten Grundes hinausgehen. ⁴Hierbei kommen insbesondere gesundheitliche und besondere familiäre Umstände des Bewerbers in Betracht.“

d) In Absatz 4 werden nach den Worten „Absatz 1“ die Worte „Satz 2“ eingefügt.

5. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden nach den Worten „§ 2 Abs. 1 Satz 1“ die Worte „und § 2 Abs. 2“ und nach den Worten „§ 4 Abs. 1 Satz 2“ die Worte „und 3“ eingefügt.

b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Worte „Art. 51“ durch die Worte „Art. 61“ und die Worte „Art. 52“ durch die Worte „Art. 62“ ersetzt.

§ 2

¹Diese Verordnung tritt am 1. August 1990 in Kraft. ²§ 1 Nr. 1 gilt erstmals für das Wintersemester 1990/91. ³Im übrigen gilt die Verordnung erstmals für das Wintersemester 1992/93.

München, den 3. Juli 1990

**Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft und Kunst**

Hans Zehetmair, Staatsminister

7803-15-E

Dritte Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Fachakademien für Landwirtschaft

Vom 3. Juli 1990

Auf Grund des Art. 4 Abs. 3 des Gesetzes über das berufliche Schulwesen in Verbindung mit Art. 24 Abs. 2 Satz 2, Art. 31 Abs. 4, Art. 66 und 97 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Schulordnung für die staatlichen Fachakademien für Landwirtschaft vom 15. Juni 1983 (GVBl S. 469, BayRS 7803-15-E), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Juli 1987 (GVBl S. 268), wird wie folgt geändert:

1. § 21 Abs. 2 wird aufgehoben; der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.
2. § 24 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Während des Schuljahres werden in jedem Pflichtfach mindestens zwei schriftliche oder praktische Schulaufgaben durchgeführt.“
 - b) In Absatz 2 wird das Wort „Deutsch“ durch die Worte „Berufs- und Arbeitspädagogik“ ersetzt.
3. § 25 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Die je Schuljahr geforderten mündlichen Leistungen können durch eine Einzelprüfung von mindestens 15 Minuten Dauer erbracht werden.“
 - b) Satz 3 wird aufgehoben.
4. § 27 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Die staatliche Fachakademieprüfung findet am Ende des sechsten Semesters statt. ²Den Zeitpunkt legt das Staatsministerium fest. ³Die Fachakademieprüfung besteht aus einer schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfung.“
5. § 28 erhält folgende Fassung:

„§ 28
Prüfungsfächer

(1) In der Fachrichtung Landbau werden folgende Pflichtfächer geprüft:

 1. Pflanzliche Erzeugung,
 2. Tierische Erzeugung,
 3. Landtechnik und Baukunde,

4. Landwirtschaftliche Betriebslehre,
5. Agrarmarketing,
6. Berufs- und Arbeitspädagogik,
7. Informatik und Programmierung.

(2) In der Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung werden folgende Pflichtfächer geprüft:

1. Ernährung und Lebensmittelkunde,
 2. Hauswirtschaftliche Betriebslehre,
 3. Materialkunde und Haushaltstechnik,
 4. Hausgartenbau,
 5. Berufs- und Arbeitspädagogik,
 6. Betriebsorganisation.“
6. § 29 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹In den Prüfungsfächern nach § 28 Abs. 1 Nrn. 1 bis 6 und Abs. 2 Nrn. 1 bis 5 wird schriftlich geprüft.“
 - b) Absatz 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Im Prüfungsraum führen zwei vom Direktor beauftragte Personen, von denen mindestens eine Lehrkraft sein muß, die Aufsicht.“
 7. § 30 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹In den Prüfungsfächern nach § 28 Abs. 1 Nrn. 1 bis 6 und Abs. 2 Nrn. 1 bis 5 wird mündlich geprüft.“
 8. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt:

„(3)¹In den Prüfungsfächern nach § 28 Abs. 1 Nr. 7 und Abs. 2 Nr. 6 findet jeweils eine praktische Prüfung statt. ²Im Prüfungsfach nach § 28 Abs. 1 Nr. 7 beträgt die Prüfungszeit 240 Minuten, im Prüfungsfach nach § 28 Abs. 2 Nr. 6 480 Minuten (Arbeitszeit: 180 Minuten, praktische Durchführung 300 Minuten). ³Der Prüfungsausschuß stellt die Prüfungsaufgaben und bestimmt die zugelassenen Hilfsmittel.“
 - b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.
 - c) In Absatz 4 (neu) erhält Satz 1 folgende Fassung:

„¹Die praktische Prüfung wird von zwei Mitgliedern des Prüfungsausschusses bewertet, die sich auf eine Note einigen.“

9. § 33 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Dabei wird die Fortgangsnote für die Prüfungsfächer aus den Leistungen im dritten Schuljahr errechnet.“

b) Absatz 3 Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„¹Die Gesamtnote für das Fachakademiezeugnis wird aus den aus zwei Dezimalstellen berechneten Noten der Prüfungsfächer und den Noten der sonstigen Pflichtfächer des dritten Schuljahres gebildet; dabei werden die Noten der Prüfungsfächer je zweifach, die Noten der sonstigen Pflichtfächer (Zahlenwerte) je einfach gewertet. ²Das Ergebnis wird auf zwei Dezimalstellen berechnet; die dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.“

Satz 3 wird aufgehoben; die bisherigen Sätze 4 und 5 werden Sätze 3 und 4.

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Prüfungsfach“ die Worte „oder sonstigem Pflichtfach“ eingefügt.

bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Bei der Note „mangelhaft“ in nur einem Prüfungsfach und in einem sonstigen Pflichtfach oder in zwei sonstigen Pflichtfächern ist die Fachakademieprüfung gleichwohl mit Erfolg abgeschlossen, wenn in einem anderen Prüfungsfach und in einem sonstigen Pflichtfach jeweils wenigstens die Note „gut“ erzielt wurde.“

10. Die **Anlagen 1 und 2** erhalten die Fassung der Anlagen zu dieser Verordnung.

§ 2

¹Diese Verordnung tritt am 1. September 1990 in Kraft. ²Für Studierende, die im Schuljahr 1990/91 das dritte Schuljahr besuchen, gilt die Schulordnung für die staatlichen Fachakademien in der bis zum 31. August 1990 geltenden Fassung weiter.

München, den 3. Juli 1990

**Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Simon Nüssel, Staatsminister

Studentenafel für die Fachrichtung Landbau

		Zahl der Wochenstunden in den Schuljahren			Summe
		1.	2.	3.	
1.	Pflichtfächer				
1.1	Allgemeinbildende und naturwissenschaftliche Grundlagenfächer				
1.1.1	Deutsch	2	2	–	4
1.1.2	Englisch	2	2	–	4
1.1.3	Sozialkunde und Rechtslehre	2	2	–	4
1.1.4	Mathematik einschließlich Statistik	3	2	–	5
1.1.5	Physik	2	–	–	2
1.1.6	Biologie	2	2	–	4 23
1.2	Erzeugung und Technik				
1.2.1	Pflanzliche Erzeugung	3	3	4	10
1.2.2	Tierische Erzeugung	3	3	4	10
1.2.3	Landtechnik und Baukunde	2	2	3	7
1.2.4	Versuchstechnik	2	2	–	4
1.2.5	Chemie, Umwelt- und Laborpraktikum	3	2	–	5
1.2.6	Naturschutz und Landschaftspflege	–	–	2	2 38
1.3	Wirtschaftslehre des Landbaues				
1.3.1	Landwirtschaftliche Betriebslehre	2	2	4	8
1.3.2	Buchführung und Steuerkunde	2	3	–	5 13
1.4	Marketing				
1.4.1	Volkswirtschaft und Marktlehre	2	–	–	2
1.4.2	Agrarmarketing	–	3	3	6
1.4.3	Außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten	–	–	2	2
1.4.4	Methodik der Betriebs- und Verkaufsberatung einschließlich Medientechnik	–	–	3	3 13
1.5	Informatik				
1.5.1	Grundlagen der Datenverarbeitung	3	–	–	3
1.5.2	Informatik und Programmierung	–	2	3	5 8
1.6	Berufs- und Arbeitspädagogik				
1.6.1	Berufs- und Arbeitspädagogik	–	–	4	4 4
	Mindestpflichtstunden	35	32	32	99
2.	Wahlfächer				
2.1	Zusatzfächer für die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife				
2.1.1	Deutsch (Vertiefung)	–	1	–	1
2.1.2	Englisch (Vertiefung, Fachenglisch)	–	2	–	2
2.1.3	Mathematik (Vertiefung)	–	1	–	1

Weitere Wahlfächer können mit Zustimmung des Staatsministeriums eingerichtet werden.

Anlage 2
 (zu § 9 Abs. 1)

Studentafel
für die Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung

		Zahl der Wochenstunden in den Schuljahren			Summe
		1.	2.	3.	
1.	Pflichtfächer				
1.1	Allgemeinbildende und naturwissenschaftliche Grundlagenfächer				
1.1.1	Deutsch	2	2	—	4
1.1.2	Englisch	2	2	—	4
1.1.3	Sozialkunde und Volkswirtschaft	2	2	—	4
1.1.4	Mathematik und Statistik	3	2	—	5
1.1.5	Chemie	3	—	—	3
1.1.6	Biologie	2	2	—	4
					24
1.2	Betriebsführung und Ernährung				
1.2.1	Hauswirtschaftliche Betriebslehre	2	4	2	8
1.2.2	Ernährung und Lebensmittelkunde	2	1	2	5
1.2.3	Gesundheit und Sozialhygiene	—	—	3	3
1.2.4	Betriebsorganisation *)	—	—	10	10
1.2.5	Nahrungszubereitung *)	4	4	—	8
1.2.6	Textilverarbeitung *)	4	3	—	7
1.2.7	Haus- und Textilpflege *)	—	3	—	3
1.2.8	Musische Bildung	—	—	2	2
1.2.9	Umweltschutz	—	—	2	2
					48
1.3	Markt und Datenverarbeitung				
1.3.1	Materialkunde und Haushaltstechnik	3	2	2	7
1.3.2	Methodik der Betriebs- und Verkaufsberatung	—	—	2	2
1.3.3	Datenverarbeitung	2	2	—	4
					13
1.4	Hausgartenbau und Landwirtschaft				
1.4.1	Hausgartenbau	2	3	2	7
1.4.2	Landwirtschaftliche Betriebslehre	2	—	—	2
1.4.3	Buchführung und Steuerkunde	—	2	2	4
					13
1.5	Berufs- und Arbeitspädagogik				
1.5.1	Berufs- und Arbeitspädagogik	—	—	4	4
					4
	Mindestpflichtstunden	35	34	33	102
2.	Wahlfächer				
2.1	Arbeitsgemeinschaften	—	—	2	2
2.2	Zusatzfächer für die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife				
2.2.1	Deutsch (Vertiefung)	—	1	—	1
2.2.2	Englisch (Vertiefung)	—	1	—	1
2.2.3	Mathematik (Vertiefung)	—	1	—	1

*) fachpraktische Pflichtfächer

753-1-9-32-I

Verordnung
über die Bestimmung des Landratsamts Kitzingen
als zuständige Behörde
zur Festsetzung eines Wasserschutzgebiets
für die öffentliche Wasserversorgung
des Gemeindeteils Holzberndorf
des Marktes Geiselwind

Vom 8. Juli 1990

Auf Grund des Art. 75 Abs. 3 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

Das Landratsamt Kitzingen wird als zuständige Behörde für den Erlaß, die Änderung und die Aufhebung einer Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für die öffentliche Wasserversorgung des Gemeindeteils Holzberndorf des Marktes Geiselwind in den Gemarkungen Holzberndorf (Markt Geiselwind, Landkreis Kitzingen, Regierungszirk Unterfranken) und Aschbach (Stadt Schlüsselfeld, Landkreis Bamberg, Regierungsbezirk Oberfranken) bestimmt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 1990 in Kraft.

München, den 8. Juli 1990

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Edmund Stoiber, Staatsminister

2129-2-1-1-U

**Verordnung
zur Übertragung von Zuständigkeiten
im Bereich der Abfallentsorgung
(AbfZustV)**

Vom 11. Juli 1990

Auf Grund von Art. 22 Abs. 3 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes (BayAbfG) vom 28. Juni 1990 (GVBl S. 213, BayRS 2129-2-1-U) und Art. 1 Abs. 3 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (BayRS 2129-1-1-U), zuletzt geändert durch Art. 27 Abs. 3 des Gesetzes vom 28. Juni 1990 (GVBl S. 213), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen folgende Verordnung:

§ 1

Zuständigkeiten nach dem Abfallrecht

(1) ¹Zuständige Behörde im Sinn von § 4 Abs. 2, § 10 Abs. 3, § 11 Abs. 2 und 3, § 11a Abs. 2, § 11c Abs. 1 bis 3, § 12 Abs. 1 und § 15 Abs. 5 des Abfallgesetzes (AbfG) sowie im Sinn von Verordnungen nach § 5a Abs. 2, §§ 5b, 11 Abs. 2 und 3, § 11a Abs. 1, § 12 Abs. 3, §§ 14 und 15 Abs. 2 AbfG ist die Kreisverwaltungsbehörde; dies gilt nicht für die Entsorgungs- und die Verwertungsbestätigung (§§ 8 bis 11 und 25 der Abfall- und Reststoffüberwachungsverordnung vom 3. April 1990, BGBl I S. 648), die von der für die Anlagenüberwachung zuständigen Behörde zu erteilen sind. ²Ferner ist die Kreisverwaltungsbehörde zuständige Behörde im Sinn von § 7 Abs. 1 und 2, §§ 7a bis 10 AbfG sowie im Sinn von Art. 11, 13 und 15 bis 18 BayAbfG für Anlagen zur Behandlung, Lagerung oder Ablagerung von Erdaushub, Straßenaufbruch, Bauschutt, inerten Rückständen aus der Bau-, Steine-, Erden- oder Keramikindustrie oder vergleichbaren inerten Abfällen oder von pflanzlichen Abfällen, organischen Bestandteilen der Abfälle aus Haushaltungen, Altreifen oder Autowracks; im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach § 7 Abs. 1 AbfG ist die Kreisverwaltungsbehörde auch Anhörungsbehörde im Sinn von Art. 73 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes. ³Satz 2 gilt nicht für Anlagen, in denen neben Autowracks oder den dort genannten Abfällen weitere Abfälle behandelt, gelagert oder abgelagert werden.

(2) ¹Die Kreisverwaltungsbehörde überwacht die Entsorgung von Abfällen (§ 11 Abs. 1 Satz 1 AbfG) in den Fällen des § 3 Abs. 4, des § 4 Abs. 2, der §§ 11a bis 11f und des § 12 AbfG sowie in den Fällen von Verordnungen nach § 4 Abs. 4, § 11a Abs. 1 und § 12 Abs. 3 AbfG; die Vorschriften über die Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen bleiben unberührt. ²Sie überwacht ferner die Entsorgung von

Altölen im Sinn von §§ 5a und 5b AbfG und der hiernach erlassenen Verordnungen, die Erfüllung der in Verordnungen nach § 14 AbfG begründeten Verpflichtungen sowie die Abgabe und das Aufbringen von Abwasser und der sonstigen Stoffe im Sinn des § 15 AbfG und der hiernach erlassenen Verordnungen. ³Im Rahmen ihrer Aufgabe nach den Sätzen 1 und 2 stehen der Kreisverwaltungsbehörde die Befugnisse des § 11 Abs. 4 AbfG zu.

(3) Die Kreisverwaltungsbehörde überwacht die Errichtung und den Betrieb der nach Absatz 1 Satz 2 ihrer Zuständigkeit unterliegenden Abfallentsorgungsanlagen, ausgenommen Anlagen, die nach Art. 22 Abs. 2 Satz 2 BayAbfG vom Bergamt überwacht werden; sie überwacht diese Anlagen auch nach Stilllegung (§ 11 Abs. 1 Satz 2 AbfG).

(4) Im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach Absatz 1 und ihrer Überwachungsaufgabe nach den Absätzen 2 und 3 erläßt die Kreisverwaltungsbehörde die Anordnungen nach Art. 23 Satz 1 BayAbfG.

§ 2

Zuständigkeiten
nach dem Immissionsschutzrecht

Die Kreisverwaltungsbehörde ist für Abfallentsorgungsanlagen, für die sie nach § 1 Abs. 1 Satz 2 im Vollzug des Abfallrechts zuständig ist, auch zuständige Behörde im Sinn von §§ 4 bis 21 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.

§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1990 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich der Abfallentsorgung (AbfZustV) vom 3. Februar 1989 (GVBl S. 24, BayRS 2129-2-1-1-U) außer Kraft.

München, den 11. Juli 1990

**Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen**

Alfred Dick, Staatsminister

2210-4-1-6-1-WK

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die praktischen Studiensemester
an Fachhochschulen in Bayern**

Vom 16. Juli 1990

Auf Grund des Art. 79 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 135 des Bayerischen Hochschulgesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die praktischen Studiensemester an Fachhochschulen in Bayern (BayRS 2210-4-1-6-1-WK) wird wie folgt geändert:

Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:

„§ 6a

Studium mit vertiefter Praxis

¹Beim Studium mit vertiefter Praxis werden nach Maßgabe des Ausbildungsvertrags bei der gleichen Ausbildungsstelle in der Regel die beiden praktischen Studiensemester und darüber hinaus eine Zusatzpraxis zur Vertiefung der Inhalte der praktischen Studiensemester abgeleistet. ²Die Zusatzpraxis umfaßt einen Teil der Semesterferien der Studienzeit nach dem Ende der Vorlesungszeit des zweiten Studiensemesters. ³Die Zustimmung der Hochschule in fachlicher Hinsicht nach § 6 Abs. 1 Satz 2 ist für den gesamten Ausbildungsvertrag erforderlich.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 1990 in Kraft.

München, den 16. Juli 1990

**Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft und Kunst**

Hans Zehetmair, Staatsminister

2124-14-1-I

**Zuständigkeitsverordnung
zum Rettungsassistentenrecht
und zum Orthoptistenrecht
(ZustVRettAss-Orthopt)**

Vom 19. Juli 1990

Auf Grund des Art. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Rettungsassistentengesetzes und des Orthoptistengesetzes vom 13. Juli 1990 (GVBl S. 225, BayRS 2124-14-I) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

(1) Die Regierung ist zuständige Behörde im Sinn

1. des Gesetzes über den Beruf der Rettungsassistentin und des Rettungsassistenten (Rettungsassistentengesetz – RettAssG) vom 10. Juli 1989 (BGBl I S. 1384) und

2. der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen.

(2) Die Regierung ist zuständige Behörde im Sinn

1. des Gesetzes über den Beruf der Orthoptistin und des Orthoptisten (Orthoptistengesetz – OrthoptG) vom 28. November 1989 (BGBl I S. 2061) und

2. der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen.

(3) Über das Vorliegen der Voraussetzungen für den Zugang zum Lehrgang (§ 5 RettAssG) und zur Ausbildung (§ 5 OrthoptG) entscheidet die Leitung der Schule bzw. der Ausbildungseinrichtung.

(4) Zuständige Behörde im Sinn des § 6 RettAssG und des § 6 OrthoptG ist die Regierung, in deren Bereich der Antragsteller am Lehrgang oder an der Ausbildung teilnimmt.

(5) Zuständige Behörde im Sinn des § 7 Abs. 3 Satz 3 RettAssG ist die Regierung, in deren Bereich der Antragsteller die praktische Tätigkeit ableistet.

(6) Der Arzt nach § 2 Abs. 3 Satz 1 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten (RettAssAPrV) vom 7. November 1989 (BGBl I S. 1966) wird von der Regierung beauftragt, in deren Bereich die praktische Tätigkeit abgeschlossen wird.

(7) Zuständige Behörde im Sinn des § 5 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 RettAssAPrV sowie des § 3 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Orthoptistinnen und Orthoptisten (OrthoptAPrV) vom 21. März 1990 (BGBl I S. 563) ist die Regierung, in deren Bereich sich der Sitz der Schule bzw. der Ausbildungseinrichtung befindet.

(8) Die Entscheidung nach § 12 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 2 RettAssAPrV und § 10 Abs. 4 Satz 4 OrthoptAPrV trifft die Regierung, in deren Bereich der Antragsteller die Wiederholungsprüfung ablegt.

§ 2

Diese Verordnung tritt, soweit sie das Recht der Rettungsassistenten betrifft, mit Wirkung vom 1. September 1989 und, soweit sie das Recht der Orthoptisten betrifft, mit Wirkung vom 1. Januar 1990 in Kraft.

München, den 19. Juli 1990

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Edmund Stoiber, Staatsminister

750-2-W

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über Zuständigkeiten zum Vollzug
bergrechtlicher Vorschriften**

Vom 19. Juli 1990

Auf Grund des § 142 Satz 1 des Bundesberggesetzes (BBergG) in Verbindung mit § 3 Abs. 3 der Verordnung über Zuständigkeiten zum Vollzug bergrechtlicher Vorschriften (BayRS 750-2-W), geändert durch Verordnung vom 22. Juni 1984 (GVBl S. 252), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über Zuständigkeiten zum Vollzug bergrechtlicher Vorschriften – BergZustV – (BayRS 750-2-W), geändert durch Verordnung vom 22. Juni 1984 (GVBl S. 252), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Nr. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach „§ 39 Abs. 3“ wird „§ 48 Abs. 2“ eingefügt.
 - b) Die Zahl „57“ wird durch „57b“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 5 Satz 1 wird „Absatz 3“ durch „Absatz 4“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 1990 in Kraft.

München, den 19. Juli 1990

**Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft und Verkehr**

August R. Lang, Staatsminister

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag
Karl-Schmid-Straße 13, 8000 München 82
Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Prinzregentenstraße 7, 8000 München 22

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Herstellung und Vertrieb: Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag, Karl-Schmid-Straße 13, 8000 München 82, Tel. 0 89 / 42 92 01/02, Postgirokonto München 25 05 60-800

Bezug: Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Namen und für Rechnung des Herausgebers von der Max Schick GmbH ausgeliefert. Bestellungen sind ausschließlich an die Max Schick GmbH zu richten. Ausgaben, die älter sind als 5 Jahre, sind im Einzelverkauf nicht erhältlich. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. Oktober eines Jahres mit Wirkung vom Beginn des folgenden Kalenderjahres bei der Max Schick GmbH eingehen.

Bezugspreis für den laufenden Bezug jährlich DM 46,20 (unterliegt nicht der gesetzlichen Mehrwertsteuer), für Einzelnummern bis 8 Seiten DM 3,00, für weitere 4 angefangene Seiten DM 0,70, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM 0,70 + Versand.

ISSN 0005-7134